

greifen. Gibt es kein Mittel dagegen? Wenn nicht, dann ist es nicht nur die Provinzpresse, die ihren Untergang findet. Ein großer Teil des Volkes verliert dann seinen Zusammenhang mit dem Volksganzen, beschränkt sein Interesse am öffentlichen Leben, versinkt in eine gewisse politische Apathie. Überhaupt geht der Resonanzboden, den die Behörden und die Regierung für ihre Maßnahmen, den das Parlament für seine Arbeiten haben muß, verloren. (Sehr richtig!) Aber nicht nur die kleine Presse, auch die größere kommt an die Reihe. Wir sind zusammengewesen mit Vertretern der angesehensten deutschen Zeitungen. Die Vertreter der Zentralorgane großer Parteien haben uns mit frappierenden Zahlen das Schicksal belegt, das diese Zeitungen erleiden. Gewiß werden diese Zeitungen nicht alle eingehen, aber die einen werden ihren Charakter verändern, und die andern werden verflummern.

Die großen deutschen Zeitungen, die Sie ja alle kennen, von Frankfurt und Köln angefangen, von Magdeburg, Leipzig und Berlin nach Königsberg, von Breslau, sie schrumpfen zusammen, müssen ihren politischen, künstlerischen und literarischen Teil einschränken. Sie müssen den Lesern das Wertvollste entziehen. Aber die andern — und das ist das Schlimme — werden zu Nebenbetrieben fremder Gewerbe, aufgekauft von industriellen Konzernen. (Sehr wahr!) Diese Zeitungen, die ich oben erwähnt habe, deren politische Selbständigkeit, deren Eigenart unser Stolz in Deutschland gewesen ist, werden nicht mehr Repräsentanten selbständiger politischer Gruppen sein, sondern als Anhängsel von Interessengruppen auftreten; und wo Eisenblech und Zahnpasta hergestellt werden und Gewinne erzielt werden, da wird das Zeitungsgewerbe nebenbei betrieben. Aber noch mehr: im Zeitungsgewerbe dringt bereits wachsend fremdes, ausländisches Kapital ein. (Sehr wahr!) Es droht die Gefahr, daß Zeitungen, die in deutscher Sprache, im deutschen Lande erscheinen, zum Diener fremder, ausländischer Interessen werden.

Diese Entwicklung scheint mir so schwere soziale, kulturelle und nationale Gefahren in sich zu bergen, vor denen gerade wir im Deutschen Reichstag die Augen nicht verschließen dürfen. (Sehr wahr!)

Der Antragsteller mahnte Parlament und Regierung zu schnellem Einschreiten und dehnte seinen Antrag auch auf die Zeitschriften aus. Er ersucht die Regierung, bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags die bisher beratenen Abhilfsmittel in Form gesetzgeberischer Vorschläge zu fassen. Er schloß mit den Worten:

»Das Parlament soll die Länder, den Reichsrat zu energischen Schritten veranlassen! Man kann die Zeitungen überhaupt nicht nur als wirtschaftliche Betriebe ansehen, sondern in gewissem Maße haben sie ein öffentliches Amt. Aus all diesen Gründen erheben wir unsere Stimme, Reichstag, Reichsregierung und Länderregierungen auf die Folgen der Entwicklung hinzuweisen, hier zu warnen vor dem Untergang eines Volksgutes und der Gefahr der Überfremdung. Ich bitte, daß man von allgemeiner Teilnahme und Sympathieerklärung zu Handlungen übergeht, um dieses wichtige Gut über eine schwere Zeit hinwegzuzureiten.« (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dirich erklärte namens der Reichsregierung, daß sie sich der schweren Gefahr der Preissteigerungen im Zeitungswesen für die politische und kulturelle Entwicklung des deutschen Volkes sehr wohl bewußt sei. Im ersten Vierteljahr 1922 allein sei ein Fünfundzwanzigstel der deutschen Tagespresse eingegangen, ehe noch die jetzige Preissteigerung eingesetzt hatte. Man müsse eine Beschleunigung dieses Zusammenbruchs befürchten. Eine Annäherung der Bezugspreise für Zeitungen an die Geldentwertung sei schwer. Die Reichsregierung werde daher alles tun, was bei der schwierigen Wirtschafts- und Finanzlage vertretbar sei, um diesen Übergang zu erleichtern. Die Regierung werde versuchen, einer Uniformierung der Presse entgegenzuwirken. Besonders schwierig sei die Lage der deutschen Presse in den besetzten Gebieten, weil dort die Teuerung schneller vor sich gehe und die Presse ganz besonders große nationale Interessen zu wahren habe. Die Regierung werde daher im Sinne des vorgelegten Antrags die Möglichkeit und Wirksamkeit der verlangten gesetzlichen Maßnahmen in engster Fühlung mit den verfassungsmäßig beteiligten gesetzgebenden Körperschaften prüfen und schnellstens fördern. Schon vor der Einbringung der geforderten Vorlage werde die Regierung im Verwaltungswege die Tarife ermäßigen und die Ausführungsgewinne zur Verbilligung des Papiers im Inlande heranziehen.

Durch einen Abänderungsantrag wird der Antrag auch auf Zeitschriften ausgedehnt. In dieser Form wurde er dann einstimmig angenommen.

**5000-Mark-Banknoten.** — Die Reichsbank bereitet die Ausgabe neuer Banknoten zu 5000 Mark vor. Die Platten dazu sind bereits in Arbeit, sodaß man in allerdings erst einigen Monaten mit der Ausgabe der neuen Wertzeichen beginnen kann. Dem Wunsch der Reichsdruckerei, 1000-Mark-Noten im Buchdruckverfahren herzustellen, hat die Reichs-

bank mit Rücksicht auf die bedeutend vermehrte Fälschungsgefahr die Zustimmung versagt, dagegen haben Vorbesprechungen über eine Neuordnung im Banknotendruck bereits stattgefunden. Die neuen 5000-Markscheine werden etwas größer als die 1000-Markscheine sein und eine grüne Grundfarbe haben.

**Die Zukunft der Bayreuther Festspiele.** — Siegfried Wagner erklärte Freunden, daß er alles daran setzen will, das Bayreuther Festspielhaus in vollem Glanze wieder aufleben zu lassen. Für dieses Jahr wird es kaum mehr gehen, hoffentlich aber für 1923. Nach dem »Neuen Wiener Tagblatt« begibt sich Siegfried Wagner im Sommer nach Amerika, um die Mittel für die Bayreuther Festspiele zu mehren.

**Und neues Leben blüht aus den Ruinen?** — Von einem früheren Geschäftsfreunde, einem Verleger in Moskau, erhielt ich vor einigen Tagen einen längeren Brief, aus dem ich einige Stellen hier wiedergeben möchte: »... In der R. S. F. S. Republik braucht man, wenn man in Gold umrechnet, 50 Rubel täglich. Im Grunde genommen ist das nicht teurer als vor dem Kriege. Die Lebensmittel sind viel teurer, alles andere jedoch billiger; Bücher leidet ganz besonders. Die Verlagsanstalten sind den Verlegern zurückgegeben worden, ja sogar ein Teil des Lagers. Aber zu arbeiten ist doch schwer, da man nicht genügend Betriebskapital besitzt. Ich habe mein Geschäft die ganze Zeit fortgeführt und erhielt jetzt von der Reichsbank einen großen Kredit... Wir sind in Rußland jetzt alle Milliardäre. 10 Eier kosten 1 Million, Stiefel 30 Millionen, 1 Pfund Weißbrot 200 000 Rubel, ein Lastfuhrmann 4—5 Millionen. Und doch gelingt es den Leuten, zu leben... Nach Einführung der neuen Finanzpolitik hat sich Moskau sehr belebt. Es sind viele Geschäfte eröffnet worden. Es erscheint eine Anzahl schön ausgestatteter Buchausgaben. Die Bücher werden schon mit Millionen bezahlt, stehen aber noch immer stark im Preise hinter den Lebensmitteln zurück. Ich erhalte das Journal »Russkaja Kniga«, das in Berlin im Verlage der Buchhandlung »Moskwa« erscheint, und bin also über die ausländischen russischen Verlagserscheinungen im Bilde. Auch von deutschen und englischen Firmen erhalte ich Kataloge, Preisanstellungen usw... Auch ich möchte in Berlin einen Buchverlag für Rußland gründen, da es hier zu schwer ist, zu arbeiten... Das gewissenhafte und ehrliche Verhalten zur Arbeit fängt an, wieder geschätzt zu werden. Ich habe meine Reputation beibehalten und genieße großen Kredit bei allen, mit denen ich zu tun habe...«

Trotzdem dieser Verleger die chaotische Zeit einigermaßen gut überstanden zu haben scheint, möchte auch er, wie er mir schreibt, dem Zuge der Zeit folgend, in Berlin einen Buchverlag für Rußland gründen. Das Wasser der »Moskwa« scheint demnach doch immer noch recht trübe zu sein.

Karl Lenz-Berlin  
(bis Kriegsausbruch: Lenz & Rudolf-Riga).

**Russisches Hochschulleben.** — Eine Reihe von den sowieso nicht zahlreichen russischen Hochschulen ist geschlossen worden. Über die wenigen noch bestehenden berichtet ein kürzlich aus Rußland geflüchteter Bulgare: Während früher der Schlachtruf »Bildung fürs Volk« die Massen für die Sowjetregierung in Begeisterung versetzte und Professoren vor Analphabeten Vorlesungen über Physik und Chemie halten mußten, besteht jetzt z. B. an der Moskauer Universität die schärfste Aufnahmekonkurrenz. Offiziell wird kolossal gearbeitet. Aber: auf 10 Studenten kommt 1 (ein) Bleistift, auf 100 Mann 1 (ein) Buch. Die Professoren erhalten für eine Vorlesung ein Pfund Brot. Um Kontrolle auszuüben, bestimmte die Sowjetregierung, daß die Professoren den Studenten das Brot auszuteilen hätten, und umgekehrt. Dieser schlaue Zug hat aber vielfach als Resultat eine gegenseitige Abmachung zur Folge gehabt, wonach die Studenten den Professoren, auch ohne daß sie eine Vorlesung gehalten hätten, das Brot überreichten, diese wiederum, ohne daß jene die Vorlesung besucht hätten.

**Entdeckungen russischer Gelehrter während der Bolschewikenzeit.** — Maxim Gorki verband mit seinem Aufenthalt in Deutschland auch den Zweck, der Öffentlichkeit die Manuskripte von russischen Gelehrten zu übergeben. In Petersburg besteht ein »Komitee zur Verbesserung der Lage der Gelehrten und Schriftsteller«, das seinen Sitz im früheren Palais des Großfürsten Wladimir hat und dem Professor Pinkewitsch, der Rektor der Universität Petersburg, vorsteht. Das Komitee versorgt die russischen Gelehrten und Schriftsteller mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken; es unterstützt sie aber auch in ihren wissenschaftlichen Arbeiten. Gorki hat nun in Berlin einen wissenschaftlichen Verlag ins Leben gerufen, dessen Redaktion sich in Rußland befindet, während der Druck der Werke in Berlin besorgt wird. Trotz der Schreckensherrschaft und trotz den ungeheuerlichen Entbehrungen sind die russischen Gelehrten auch während der letzten Jahre nicht müßig